

Liebe Kolleginnen und Kollegen

Die tiefste und so befürchte ich längste Krise der Nachkriegsgeschichte verlangt Antworten, die nicht im Lehrbuch stehen. Kein ökonomisches oder politisches Lehrbuch kann Antworten auf Herausforderungen beschreiben, die keiner sehen konnte, wo keine Erfahrung vorliegt.

All das was Lehrbücher sagen, wurde bis heute mehr oder weniger von allen Akteuren umgesetzt. Das ist schon mal gut so: Die EZB reagierte richtig mit radikalen Zinssenkungen und einem Floaten der Geldmenge, die Regierungen reagierten richtig, wenn auch zu zögerlich mit antizyklischer Fiskalpolitik und auch die Lohnpolitik hatte Voraussetzungen geschaffen, dass 2009 nicht zum Jahr des Lohnverzichts wurde.

Aber der eigentliche Grund, warum wir gegen alle Erfahrungen der Vergangenheit in der tiefsten Krise bis heute nicht mit einer explodierenden Massenarbeitslosigkeit und der Verelendung der abhängig Beschäftigten zu tun haben liegt in einer grandiosen Leistung, einer Leistung die wir heute an vielen Beispielen hören konnten, einer Leistung, die jedes Vorstellungsvermögen ökonomischer Modelle und politischer Mainstream-Ideologien übersteigt, es ist die Leistung der Solidarität der abhängig Beschäftigten.

Der Solidarität die ihre organisatorische Voraussetzung in der Handlungsfähigkeit der Gewerkschaften, der Handlungsfähigkeit unserer IG Metall hat.

Der Solidarität die es bis heute ermöglicht, trotz teilweise massiver Arbeitszeitverkürzung und entsprechenden Entgelteinbussen über Belegschaften und Qualifikationen hinweg, von der Putzfrau bis zum Ingenieur ein Ziel in den Mittelpunkt zu stellen und dies heißt: Sicherheit der Arbeitsplätze und Chancen für die Jugend.

Und Kolleginnen und Kollegen, da brauchen wir unseren Scheffel nicht in den Hintergrund stellen, da können wir klar sagen: Ohne IG Metall sähe diese Republik heute anders aus.

Und wenn die gelben Blüenträume für eine Entmachtung der Gewerkschaften in den Koalitionsverhandlungen scheiterten, dann hat dies auch seinen Grund darin: An den Gewerkschaften kommt keiner vorbei, der verantwortlich Politik für dieses Land entwickeln will.

Aber wir sehen auch: Das Kasino ist schon wieder eröffnet. Die Kurse steigen, ohne dass es eine Begründung in der Realökonomie gäbe, an den Rohstoffmärkten wird wieder spekuliert, Investmentfonds werben wieder mit neuen, nicht transparenten Produkten – Daimler verkauft wieder Maybachs in die City of London und die arme Witwe Veuve Clicquot wird wieder zur Mittagsbrause der gestressten Finanzdealer in der Frankfurter Bankenszene.

Während hunderttausende von abhängig Beschäftigten um ihre Arbeitsplätze bangen, feiern die Verursacher dieser Krise die Wiedereröffnung der Aktienrallye.

Während Betriebsräte und Gewerkschaften um Arbeitsplätze kämpfen erdrosseln Kapitalmarkt und Banken Unternehmen mit Kreditverweigerung oder unrealistischen Renditen auf Kredite und Einlagen.

Während Unternehmen mit Weltmarktführerschaft in Technologie und Marktanteilen versuchen ihre Belegschaften zu erhalten, drohen sie am Substanzverlust im Eigenkapital zu scheitern und zur begehrten Beute chinesischer oder indischer Investoren zu werden, die nicht Arbeitsplätze, sondern Technologie und know-how Transfer im Auge haben.

Und während mit einem 500-Milliarden-Schirm der Bankensektor gestützt wird, ist es derselbe der bis heute nicht seiner Aufgabe der Kreditversorgung und Finanzierung von Unternehmen nachkommt, sondern dazu aktiv beiträgt, dass dauerhaft zukunftsfähige Industriestrukturen und wettbewerbsfähige Wachstumssektoren der deutschen Industrie vor die Hunde gehen.

Kolleginnen und Kollegen, wenn man uns sagt, so ist er mal der Kapitalismus, dann können wir nur sagen, ein solcher gehört abgeschafft.

Eine sozial verfasste Marktwirtschaft verträgt nicht, dass die Gesetze der Spekulation und nicht der Ausgleich der Interessen von Kapital und Arbeit gesellschaftliche Realität prägen.

Und daher haben wir klare und konkrete Forderungen an Landes- und Bundesregierung. Und diese haben wir gerade vorletzte Woche nochmals vor den Toren der LBBW in Stuttgart durch die Belegschaften von Index/Traub, Heller, KBA und Heildruck deutlich gemacht:

Wir fordern die Bundesregierung auf, die Versorgung der Banken mit billigem Zentralbankzinsen mit einer verbindlichen Verpflichtung zur Weitergabe von Krediten mit erträglichen Zinssätzen an die Realökonomie zu verbinden.

Wir meinen weiter, dass wenn die Politik zurecht darauf schaut, dass die Banken ihre Risiken durch höhere Eigenkapitalquoten und Risikominimierung selbst tragen, die Politik auch verantwortlich ist, dass dies nicht zu Lasten der Realökonomie erfolgt. Das verlangt eine staatlich organisierte Kreditversorgung an den Bankbilanzen vorbei. Etwa über direkte Kreditvergaben der KfW und Landesbürgschaftsbanken. Nachdem das Thema versucht wurde klein zu schreiben, haben jetzt auch BDI und EZB erkannt, dass im nächsten Frühjahr, wenn die Unternehmen nochmals mit schlechteren Ratings aufgrund der Jahresergebnisse 2009 versehen werden eine reale Kreditklemme in der Breite droht.

Hier müssen jetzt politische Entscheidungen getroffen werden. Und dies gilt auch für die Eigenkapitalstützung von zukunftsfähigen Unternehmen, die von der Krise tief gebeutelt sind, sollen uns nicht wesentliche Industriestrukturen weg brechen.

Wir haben hier konkret die Landesregierung aufgefordert, ihre Möglichkeiten zu nutzen, öffentliche Beteiligungsfonds aufzulegen die unter politischer und gesellschaftlicher Kontrolle, auch der Gewerkschaften, zukunftsfähige Unternehmen und Arbeitsplätze durch die Krise steuern helfen. Wir sind hier weiter in der Diskussion mit Landesregierung, Verbänden und Banken. Dass hier Offenheit

erkennbar ist, ist nicht zuletzt der öffentlichen Skandalisierung des Themas, auch durch die Aktionen vor der LBBW in den letzten Wochen zuzuschreiben.

Ein weiteres Ergebnis ist die Zusage des Ministerpräsidenten in Abstimmung mit Verbänden, Banken und Gewerkschaften Maßnahmen zur Stützung des Maschinenbaus in der Krise zu erarbeiten. Uns wurde signalisiert, dass dies nicht an personellen Wechseln scheitern würde.

Wir werden an dieser Flanke nicht locker lassen. Auch mit weiteren regionalen öffentlichen Aktionen. Und wenn da manche spekulieren, wenn die Banken uns schon kein Geld geben, dann holen wir das bei den Beschäftigten, dann sind sie auf den Holzweg. Wir lassen die Banken und die Politik in dieser Frage nicht aus der Verantwortung. Sie sind es, die uns die Krise durch die Deregulierung der Finanzmärkte eingebrockt haben – sie sind jetzt für Lösungen verantwortlich und nicht der Sparstrumpf oder das Einkommen der Beschäftigten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Aber wir sehen auch: Viele Themen die jetzt in der Krise sichtbar werden, sind auch Folge von Missmanagement und unzureichender Zukunftsplanung in den Unternehmen.

Solange der Rubel rollte, wurde sich in manchen Unternehmen nicht ausreichend vorbereitet auf strukturelle Veränderungen in Märkten und Produkten. Nein, allein die Renditen mussten stimmen. Aber es kann doch nicht sein, dass jetzt die abhängig Beschäftigten die sind, die mit ihrem Arbeitsplatz und ihren Arbeitsbedingungen für die Fehlleistungen des Managements gerade zu stehen haben.

Schon daher ist es unverzichtbar, jetzt betriebliche Zukunftspläne einzufordern. Wie sieht unsere Produkt und Marktentwicklung aus? Was verlangt dies für Entwicklung, Investition und Qualifikation? Ein Unternehmer der vor die Belegschaft tritt und sagt, er müsse entlassen, gesteht doch ein, dass es ihm an Überzeugung fehlt, dass seine Produkte nach der Krise wieder gefragt sind. Solche Pfeifen gehören entlassen und nicht die abhängig Beschäftigten, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Denn Unternehmen die von sich und ihren Produkten überzeugt sind, halten jetzt ihre Belegschaft, nutzen die Krise sich neu aufzustellen. Nutzen die Krise auch als Chance aufzutanken auch was die Qualifikation der Beschäftigten angeht. Setzen auch während der Krise auf Ausbildung und Übernahme.

Wir haben auch durch unser Drängen und Handeln die Bedingungen die Krise zur Qualifizierung zu nutzen, für die Betriebe massiv erleichtert. Betriebliche Zukunftspläne, Sicherung der Ausbildung und Übernahme und Qualifizierung – das ist das was wir in den nächsten Monaten auch betrieblich noch stärker bearbeiten müssen.

Wir sind doch keine Maschinen, die man brach legen kann und einmottet, bis man sie wieder braucht. Welche Vergeudung gesellschaftlicher und betrieblicher Ressourcen die Krise jetzt nicht zu nutzen, sich auf die Anforderungen von morgen in den Unternehmen jetzt einzustellen, Kolleginnen und Kollegen.

Daher fordern wir überall betriebliche Zukunftspläne auch hinterlegt mit konkreten Qualifizierungsmaßnahmen und der Sicherung der Ausbildung und Übernahme in den Betrieben.

Wenn die Zahlen eintreffen, die wir in einer Blitzumfrage erhoben haben, werden wir nächstes Jahr mindestens 10 Prozent weniger Ausbildungsplätze haben. Das ist kurzsichtig, das ist nicht zukunftsorientiert.

Es liegt auch im Interesse der Unternehmen jetzt die Chance zu nutzen Fachkräfte für unsere Branche zu gewinnen. Und wir sehen steigende Probleme bei der Übernahme. Daher werden wir, das will ich jetzt schon ankündigen im Mai/Juni nächsten Jahres das Thema Übernahme in landesweiten Aktionen problematisieren. Unsere Devise ist und muss bleiben, kein Ausbildungsplatz weniger und Übernahme ist Pflicht – auch in der Krise, Kolleginnen und Kollegen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

Beschäftigungssicherung, Ausbildung und Übernahme – dies sind und bleiben die absoluten Prioritäten unseres Handelns.

Was wir nun schnellstens brauchen ist Klarheit und Planungssicherheit zur Frage wie geht es weiter mit unseren Regelungen zur Beschäftigungssicherung, wie geht es weiter mit Ausbildung und Übernahme? Hier sind Antworten jetzt von der Politik gefordert. Und dies bedeutet im konkreten: Verlängert der neue Bundesarbeitsminister die 24 Monate-Regelung zur Kurzarbeit auch für das Jahr 2010 und wird die bis 31.12.2010 befristete Regelung zur Freistellung von Sozialversicherungsbeiträgen auch über 2010 hinaus wirksam gestellt?

Es wäre ein Treppenwitz der Geschichte, wenn dieser Exportschlagler deutscher Arbeitsmarktpolitik, um den uns viele in Europa und weltweit beneiden, jetzt auf dem Altar der Marktradikalen und Steuersenker geopfert würde.

Und ich bleibe dabei, wir brauchen darüber überall dort, wo wir sichtbar durch strukturellen Wandel der Produkte oder der Überkapazitäten auf den Märkten nicht mehr auf das Beschäftigungsniveau vor der Krise kommen mittelfristig tragende Lösungen, die verhindern dass unsere Kolleginnen und Kollegen nach kurzer Zeit zu Hartz IV Empfängern werden. Und daher brauchen wir eine Verlängerung des Transfer-Kurzarbeitergelds, eine Verlängerung der Bezugsdauer von ALG I. Es kann nicht sein, dass an den Börsen und Finanzplätzen schon jetzt wieder die Sektkorken knallen, während die Opfer der Krise als Sozialhilfeempfängern gesellschaftlich faktisch abgeknipst werden.

Kolleginnen und Kollegen, das ist die erste Nagelprobe für die neue Bundesregierung: Hält sie an einer Politik der Beschäftigungssicherung fest, oder provoziert sie Massenentlassungen in diesem Lande. Und ich wiederhole hier Berthold: Wenn die Bundesregierung die abhängig Beschäftigten im Regen stehen lässt, während sie Schutzschirme über Kapital und Banken spannt, dann werden wir nicht ruhig bleiben, dann wird es lauten und sichtbaren Protest geben und da erwarte ich von unserer IG Metall, dass nicht nur in Baden-Württemberg, wir können dies, sondern bundesweit Flagge gezeigt wird.

Und ich fordere auch die Arbeitgeber auf: Zeigt jetzt Kante für eine Verlängerung der Kurzarbeitsregelungen und für die Bereitschaft weiter an einer Politik der Beschäftigungssicherung festzuhalten.

Dies bedeutet auch für uns als Tarifparteien Fragen aufzugreifen, die sich jetzt und heute stellen. Sollte die Kurzarbeitsregelung durch den Gesetzgeber verlängert werden, müssen wir bei Metall und Elektro entscheiden ob und in welcher Form wir unsere zeitlich ebenfalls auf das Ende nächsten Jahres terminierten Tarifregelungen zum Kurzarbeitergeldzuschuss und zur Qualifizierung bei Kurzarbeit verlängern.

Wir brauchen dringend Modelle einer Arbeitszeitverkürzung zur Beschäftigungssicherung für einzelne Gruppen, die nicht wie der TV Besch auf kurze Überbrückungszeiten, sondern auf eine mittelfristige Anwendung zielen, und daher zwingend einen Lohnausgleich beinhalten müssen. Nur über solche Instrumente der Arbeitszeitverkürzung lassen sich langfristig wirkenden strukturellen Verwerfungen in Teilbranchen und insbesondere in der Produktion ohne Entlassungen bewältigen. Und es wäre deutlich sinnvoller als Arbeitslosengeld auszusahlen, wenn der Gesetzgeber solche Modelle zumindest mit der Steuer- und Sozialabgabefreiheit des Lohnausgleichs fördern würde.

Kolleginnen und Kollegen, noch nie war deutlicher, dass Arbeitszeitverkürzung und nicht Lohnverzicht oder gar Arbeitszeitverlängerung ein probates Mittel zur Sicherung von Beschäftigung ist – und dieses Instrumentarium zur Beschäftigungssicherung müssen wir ausbauen.

Kolleginnen und Kollegen, wir haben gerade bei der Landesregierung durchgesetzt dass für 500 Hochschulabsolventen zunächst zusätzliche Beschäftigung an den Universitäten und Forschungseinrichtungen geschaffen werden um hier vor Arbeitslosigkeit bei Übergang von Studium in Beruf zu schützen

Aber wir brauchen auch eine belastbare Beschäftigungsbrücke Jung - Alt in den Betrieben: über Altersteilzeit und Vorruhestandsmodelle. Aber auch intelligente Modelle Jungen eine Chance auf Übernahme aus Ausbildung oder Studium zu geben, in dem andere die Zeit nutzen sich zu qualifizieren. Etwa mit Hilfe von

Stipendienmodellen. Oder durch die Nutzung von Kurzarbeit und Qualifizierung. Auch hier war es unsere Intervention als Bezirksleitung, die den Weg zur Übernahme in Kurzarbeit eröffnet hat – jetzt gilt es dies mit Leben zu füllen auch durch unterstützende tarifliche Regelungen.

Über diese Fragen brauchen wir jetzt, spätestens zu Beginn des nächsten Jahres eine Entscheidung, brauchen wir Planungssicherheit in den Betrieben, brauchen wir jetzt verlässliche Grundlagen für betriebliche Verhandlungen durch Gesetzgeber und Tarifparteien.

Wir können uns nicht auf den Hintern setzen, und den Terminkalender den uns Laufzeit und Schlichtungsordnung zur Tarifrunde 2010 vorgeben, als verbindliche Liturgie des gewerkschaftlichen Kirchenjahres für glaubenstreues Handeln betrachten. Wir müssen unsere Hintern jetzt bewegen, weil schnell Antworten zu finden sind, wie es mit der Beschäftigung weitergeht.

Da können wir nicht bis Mai oder Juni nächsten Jahres warten, bis ein Tarifergebnis vorliegt. Da ist die Katz den Baum rauf. Wir brauchen jetzt klare politische Signale aber auch tarifliche Ergebnisse und dafür auch koordiniertes Handeln, Kolleginnen und Kollegen.

Und daher fordere ich Südwestmetall auf, dass sobald die Politik die Rahmenbedingungen positiv geklärt hat, wir unmittelbar in Gespräche zu diesen Themen eintreten, mit dem Ziel möglichst schnell Planungssicherheit für die Betriebe und Beschäftigte 2010 zu schaffen und wir nicht bis zum Beginn einer Tarifrunde 2010 damit warten. Das verlangt bis spätestens Anfang Februar zu einem Ergebnis zu kommen. Dies ist rechtzeitig genug vor dem Zeitpunkt an dem wir über eine Tarifforderung für 2010 zu beschließen haben. Wenn Südwestmetall diesem Vorgehen zustimmt, werden wir auf einer großen Tarifkommission über unsere Verhandlungsziele zu beschließen haben. Einige Themen liegen ja auf der Hand. Ich habe sie benannt.

Und es liegt ein weiteres Thema 2010 auf der Hand und das ist eine angemessene Entgeltentwicklung der Beschäftigten.



Mit dem Tarifabschluss 2008 haben wir 2009 bei einer Inflationsrate von nahezu null die höchsten strukturell dauerhaften Zuwächse der Entgelte seit Jahrzehnten erzielt. Dies gilt für die Metall- und Elektroindustrie, aber auch für andere Branchen. Für viele Beschäftigte bedeutet dies im Jahr 2009 aber kein mehr, sondern ein weniger an Entgelt auf Grund einer solidarischen Politik der Beschäftigungssicherung durch Arbeitszeitverkürzung und Kurzarbeit. Zudem häufen sich die Fälle wo darüber hinaus über Anrechnungen und Kürzungen von Sonderzahlungen Beschäftigtenbeiträge abverlangt werden. Es kann keiner behaupten, die Beschäftigten unserer Branchen, die IG Metall hätten keine Rücksicht auf die Probleme der Unternehmen genommen. Und dies wird auch für 2010 gelten.

Schon daher sehe ich keinen Grund 2010 zunächst den Verteilungsspielraum anders zu definieren, wie es eine verlässliche Lohnpolitik verlangt. Nämlich an den gesamtwirtschaftlichen Größen die jetzt von den Wirtschaftsforschungsinstituten mit einer zu erwartenden Inflationsrate von 0,6% und einem Produktivitätszuwachs von 2,4% beziffert wurden. Da kann sich einerseits in den nächsten Monaten noch einiges ändern und natürlich müssen wir die besondere Lage unserer Branche mitbeachten, wie wir es auch in der Forderungsbegründung 2008 taten, damals unter umgekehrten Vorzeichen. Aber es besteht kein Grund in der Fläche Lohnverzicht zu predigen, Kolleginnen und Kollegen. Klar ist wir brauchen auch 2010 eine angemessene Entwicklung der Entgelte. Was das ist, werden unsere Tarifkommissionen zeitnah zu bewerten haben.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

lasst mich abschließend zusammenfassen, welche Aufgaben vor uns stehen:

1. Wir müssen mit aller Macht darauf drängen, dass die Politik die Entscheidungen zum Fortgang der Kurzarbeit und zu weiteren arbeitsmarktpolitischen Schritten schnell und in die richtige Richtung trifft. Geschieht dies nicht, wird die IG Metall nicht schweigen, sondern als Aufkündigung des bisher bestehenden Grundkonsenses aller gesellschaftlichen Kräfte werten, dass Beschäftigungssicherung oberste Priorität

hat. Ich erwarte, dass wir in diesem Fall massiv und bundesweit sichtbar und öffentlich handeln.

2. Wir müssen Landespolitik und Bundesregierung fordern, die Kreditversorgung und die Sicherung der Eigenkapitalbasis der Unternehmen mit Kriterien und Maßnahmen zu sichern, die der Tiefe der Krise angemessen sind. Wir sind nicht bereit als Ersatzkasse herzuhalten. Und wir verlangen Mitsprache, wenn öffentliche Gelder eingesetzt werden Unternehmen zu stützen. Hierzu werden wir weiter in regionalen Aktionen und anhand konkreter Anlässe öffentlich Druck entwickeln.

3. Wir fordern Südwestmetall, aber auch die anderen Arbeitgeberverbände unserer Branchen auf sich unmittelbar nach Klarstellung der politischen Rahmenbedingungen in Gespräche über weitere notwendige Maßnahmen und Instrumente zur Beschäftigungssicherung und Übernahme der Auszubildenden einzulassen. Wir werden rechtzeitig in den Tarifkommissionen darüber informieren und über Verhandlungsziele entscheiden. Einige haben ich schon genannt.

4. Wir behalten den vorgelegten Kalender zur Forderungsaufstellung zur Tarifrunde 2010 bei Metall und Elektro und im Kfz-Handwerk bei. Sollte es dort Abweichungen geben, werden wir dies in den Tarifkommissionen zu besprechen haben.

5. Wir planen im Mai /Juni nächsten Jahres landesweite Aktionen zum Thema Ausbildungsplätze und Übernahme. Auch dies über alle Branchen hinweg.

Und über all diesen Aktivitäten steht und bleibt unsere Aufgabe in den Betrieben alles zu tun, Beschäftigung zu halten und Entlassungen zu verhindern, Zukunftspläne und Qualifikation einzufordern, Ausbildung und Übernahme zu sichern.

Liebe Kolleginnen und Kollegen,

unsere Konferenz hat heute gezeigt: Die IG Metall ist handlungsfähig – auch in der Krise. Und dies auf all ihren Handlungsebenen: In der Politik, im Tarifgeschehen, im Betrieb.

Und wir haben festgestellt: Wir wollen und dürfen hier nicht nachlassen. Wir stehen in Verantwortung für die Beschäftigten, ihre Arbeitsplätze, Arbeitsbedingungen und Entgelte. Dies verlangt eine starke IG Metall. Stark auch in Mitgliedern. In der Krise gibt es kaum Neueinstellungen. Aber unser Kampf um die Sicherheit für Arbeitsplätze ist auch ein Argument, dass Solidarität und Unterstützung nicht ohne eigenes Engagement zu haben ist.

Unsere Konferenz hat viele Beispiele konkreten erfolgreichen Handelns vermittelt – das hat Mut gemacht, Mut weiter zu kämpfen gegen Entlassungen in der Krise, für die Zukunft der Jugend durch Ausbildung und Übernahme und für den Erhalt unserer Industriestrukturen als Basis des Wohlstands in unserem Land.

Ich wünsche uns noch mehr Beispiele und weiter erfolgreiches Handeln. In diesem Sinne Glückauf !